

»Marktwirtschaft braucht den starken Staat«

Hubertus Pellengahr von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft sagt, warum der Staat nicht selbst zum Unternehmer werden darf

Berlin (WB). »Der Staat ist der schlechtere Unternehmer«, sagt Hubertus Pellengahr. Mit dem Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) sprach Bernhard Hertlein. Da Pellengahr aus Höxter stammt, kennt er das Gildenhäus, das ähnliche Ziele verfolgt wie die INSM.

? Welche Rolle kommt dem Staat in der Marktwirtschaft zu?

Hubertus Pellengahr: Die soziale Marktwirtschaft braucht einen starken Staat. Er soll nicht nur die Regeln für den Wettbewerb festlegen, sondern sie auch streng kontrollieren und Verstöße wirkungsvoll sanktionieren. Diese unerlässliche Aufgabe kann er aber nur wahrnehmen, wenn er selbst nicht als Unternehmer mitspielt. Es hat sich immer wieder gezeigt, dass der Staat auf keinen Fall der bessere Unternehmer ist.

? Das sagen Sie trotz der Erfahrungen bei der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise?

Hubertus Pellengahr: Gerade diese Krise hat es erneut gezeigt. Der größte Teil der staatlichen Rettungsgelder floss schließlich in Banken, die schon vorher ganz oder teilweise dem Staat gehört haben. Auch aus diesem Grund sollte das staatliche Engagement im Finanzsektor so schnell wie möglich wieder zurückgeführt werden.

? Marktwirtschaftler fordern, dass das Prinzip der Subsidiarität Vorrang hat. Was bedeutet das?

Hubertus Pellengahr: An erster Stelle muss die Eigenverantwortung stehen. Jeder Mensch soll selbst für seinen Lebensunterhalt aufkommen, sofern er das kann. »Subsidiarität« bedeutet darüber hinaus, dass Entscheidungen möglichst auf der untersten Ebene getroffen werden. Nur wenn etwas vor Ort nicht entschieden werden kann, weil es natürlich Probleme gibt, für die man eine überregionale Lösung finden muss, entscheidet eine höhere Ebene. Auf diese Weise ist Bürgernähe garantiert.

»Jeder Mensch soll selbst für seinen Lebensunterhalt aufkommen, sofern er das kann.«

? Sind Subventionen vollkommenen tabu?

Hubertus Pellengahr: »Vollkommenen tabu«, das klingt so abschließend – fast ideologisch. Es wäre schon viel gewonnen, wenn Einvernehmen bestünde, dass Subventionen allenfalls kurzfristig gelten dürfen und die vorhandenen Subventionen abgebaut werden.



Hubertus Pellengahr

Er war jahrelang die Stimme des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE): Am 1. Januar 2010 gab Hubertus Pellengahr die Stelle des Pressesprechers auf und wurde alleiniger Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Vor ihm war das Amt von einem Führungsduo, Max A. Höfer und Dieter Rath, geleitet. Mit dem Amtsantritt von Pellengahr verlegte die INSM zugleich ihren Sitz von Köln in die Hauptstadt Berlin.

Hubertus Pellengahr ist ein Ostwestfale, geboren in dem damals noch selbstständigen Ort Brenkhausen, das heute zu Höxter gehört. Beim Hauptverband des Deutschen Einzelhandels war Pellengahr elf Jahre.

den. Sie verzerren den Wettbewerb und verhindert den notwendigen Strukturwandel. Immer profitiert davon nur eine Branche, während alle anderen dafür bezahlen. Angesichts der hohen Staatsverschuldung auch als Folge der Krise ist es klar, dass der Staat sparen muss. Der beste Weg, Ausgaben zu reduzieren und den Haushalt zu konsolidieren, ist die Verringerung und Streichung von Subventionen.

? Sie betrachten die Einführung des Euro im Sinne der Marktwirtschaft als ordnungspolitischen Erfolg. Warum?

Hubertus Pellengahr: Weil es gelungen, das deutsche System auf die Europäische Zentralbank zu übertragen. Die EZB ist heute so unabhängig wie es früher die Bundesbank gewesen ist. Ordnungspolitisch ist das eine wichtige Entscheidung gewesen. Im übrigen hat die Einführung des Euro gerade Deutschland als Exportnation wichtige Vorteile verschafft. Auch die Bürger profitieren, weil das lästige Umtauschen bei Reisen entfällt. Trotz der jüngsten Krise

ist der Euro eine Erfolgsgeschichte.

? Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise sind in europäischen Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal und Irland die Haushaltsdefizite an den Rand der Finanzierbarkeit gestiegen. Glauben Sie an eine rasche Konsolidierung der Staatsfinanzen?

Hubertus Pellengahr: Es führt kein Weg daran vorbei.

Was die Haushaltskrise zum Beispiel Griechenlands betrifft, so ist hier eindeutig gegen den Wort-

laut und den Geist der Maastrichter Verträge verstoßen worden – und zwar schon vor der Weltfinanzkrise. Nur wenn die Staaten nur ihre eigenen Verträge wieder einhalten und zu klaren Regeln zurückkehren, wird sich das Problem lösen lassen und der Euro bleibt eine starke Währung. Im Augenblick sieht es so aus, als dass wir in Deutschland mit dem Anziehen der Wirtschaft und – damit verbunden – höheren Steuereinnahmen das Schlimmste hinter uns haben. Ich schreie allerdings davon zurück, jetzt schon Entwarnung zu geben. Noch ha-

ben viele Staaten in Europa und weltweit ihre Verschuldungen nicht im Griff.

? Weshalb bezeichnen Sie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als ordnungspolitischen Sündenfall?

Hubertus Pellengahr: Der Sündenfall erfolgte 1991 – mit der Einführung der staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, kurz: ABM. Inzwischen sind zum Glück sowohl ihre Zahl als auch das Volumen zurückgegangen. Der Staat kann den privaten Arbeitgeber nicht ersetzen. Ziel muss es sein, Arbeitslose im regulären Arbeitsmarkt unterzubringen. Dazu aber haben diese ABM-Maßnahmen, obwohl sie so viel Geld verschlungen haben, nichts beigetragen. Ein ABM-Job ist nur ein Schein-Arbeitsplatz, der zudem zu Wettbewerbsverzerrungen führt.

? Was halten Sie von Mindestlöhnen?

Hubertus Pellengahr: Gar nichts. Sie verbauen genauso wie ABM-Maßnahmen früher den Einstieg in eine reguläre Beschäftigung. Mindestlöhne verhindern das Entstehen von Arbeitsplätzen. Den Betroffenen nützt es gar nichts, wenn sie auf dem Papier mehr Geld verdienen, aber keiner

da ist, der sie einstellt und bezahlt. Es ist Sache der Tarifparteien, Löhne und Arbeitsbedingungen festzulegen. Im Bundesland Brandenburg wurden Mindestlöhne für Friseure gefordert. Was war die Folge? Wer kann, fährt nach Polen, wo die Friseure noch weniger Geld nehmen. Der Arbeitsmarkt ist ein Markt wie andere. Er muss auf Angebot und Nachfrage reagieren können. Alles andere führt im Endeffekt zu schlechteren Ergebnissen.



»Der Euro ist eine Erfolgsgeschichte«, sagt Hubertus Pellengahr. Das Problem sind Staaten, die sich nicht an selbst gesetzte Vorgaben halten. Foto: dpa

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die seit Jahresbeginn in Berlin ansässige Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) verfolgt das Ziel, die deutsche Öffentlichkeit von marktwirtschaftlichen Reformen zu überzeugen. Gegründet wurde sie im Oktober 2000 von den Verbänden der Metall- und Elektroindustrie.

Die INSM fühlt sich in der Tradition von Prof. Ludwig Erhard, dem Vater des deutschen Wirtschaftswunders. Die Soziale Marktwirtschaft müsse aber an

die Bedingungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden: an Globalisierung, Wissensgesellschaft, Veränderungen in der Arbeitswelt und den demografischen Wandel. Der Jahresetat für die Erstellung von Studien und für Öffentlichkeitsarbeit beträgt 8,32 Millionen Euro. Kuratoriumsvorsitzender ist der frühere Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer, Kuratoriumsmitglied der von den Grünen zur CDU gewechselte Oswald Metzger.



Im Sommer 1948 wurden die Weichen für die soziale Marktwirtschaft gestellt. Die Währungsreform brachte die D-Mark. Die Geschäfte hängten Schilder auf. Die Kunden staunten. Fotos: dpa

Wer hat sie erfunden?

Die soziale Marktwirtschaft und ihre Väter

Berlin (WB). Die deutsche Wirtschaftspolitik orientiert sich seit Mitte des 20. Jahrhunderts am Konzept der sozialen Marktwirtschaft. Aber woher kommt der Begriff eigentlich? Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist ihm auf die Spur gegangen.

Aus dem deutschen Sprachgebrauch ist die Wortkombination soziale Marktwirtschaft nicht mehr wegzudenken. Bis heute jedoch ist nicht abschließend geklärt, wer den Namen für das in aller Welt vielzitierte deutsche Modell erfunden hat.

Gesichert ist, dass Alfred Müller-Armack, Professor aus Münster und später Staatssekretär für Europapolitik, den Begriff Ende 1946 erstmalig in einem akademischen Text benutzte – und zwar als Überschrift für das zweite Kapitel seines Buches »Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft«. Wegen Papiermangels erreichte dieses Buch übrigens zunächst nur

eine sehr begrenzte Auflage.

Außerdem wird in der Überlieferung auch die Frage diskutiert, ob möglicherweise Müller-Armacks Sekretärin den Begriff kreierte, als sie einen Aktenordner beschriftete. Darüber hinaus sollen verschiedene Wissenschaftler und Politiker unabhängig von Müller-Armack von sozialer Marktwirtschaft gesprochen haben.

Unabhängig davon: Dass Müller-Armack den Begriff geprägt und genutzt hat, ist unstrittig. Entscheidender aber ist natürlich die Frage, wie er ihn gemeint hat.



Zwei Männer haben einen Begriff geprägt: Ludwig Erhard (links) und Alfred Müller-Armack.

Selbst nannte er die Soziale Marktwirtschaft »die Formel eines dritten Weges zwischen Sozialismus und Liberalismus«. Damit schuf er den theoretischen Unterbau für eine neue Wirtschaftsordnung. Sein Sohn Andreas Müller-Armack sagte über die Intention seines Vaters: »Für ihn war die Marktwirtschaft als solche schon eine soziale Veranstaltung. Hinzu kommt noch ein Ausgleich für diejenigen, die sich aus eigener Kraft nicht helfen können. Deshalb schrieb er das Wort sozial ja auch mit Großbuchstaben.«

Ludwig Erhard hat den Begriff später aufgegriffen und sich vor den Delegierten der CDU in Recklinghausen am 28. August 1948 erstmals öffentlich zu einer »sozialverpflichteten Marktwirtschaft« bekannt. Schließlich hat er wiederum ein Jahr später, im Bundestagswahlkampf vom 14. August 1949, die soziale Marktwirtschaft zu seiner politischen Erfolgsformel gemacht. Ergebnis: Die CDU/CSU gewann diese erste Nachkriegswahl mit 31 Prozent knapp vor der SPD (29,2 Prozent).